Nr. 38 — Jahrgang 1918 | Montag, 23. Dezember 1918 | Preis 10 Pfg.

Die Rote Fahne

Zentralorgan des Spartakusbundes

Redaktion: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 114 II. Fernspr.: Amt Kurfürst 3334 u. 3335. **Expedition:** Berlin SW 68, Friedrichstraße 217 II. Fernspr.: Amt Lützow 5735. Nacht-Auslieferung: Möckernstr. 144, Erdgeschoß (am Anhalter Bahnhof).

Schriftleitung: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis für Inland monatlich 1.50 M. Ausland monatlich 3.00 M.
Anzeigenpreis: die 7gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.
Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Am 21. Dezember haben die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins fordern den Parteivorstand der U. S. P. auf, für spätestens Ende Dezember einen Parteitag einzuberufen, der die von der U. S. P. innezuhaltenden prinzipiellen und taktischen Richtlinien bestimmen soll.

Sie fordern eine klare Scheidung von den Mehrheitssozialisten, sofortigen Austritt der U. S. P.-Mitglieder aus dem Kabinett Ebert-Scheidemann bei Vermeidung ihres Ausschlusses aus der U. S. P., entschiedenen Kampf gegen die Mehrheitssozialisten bei den bevorstehenden Wahlen, Führung des Wahlkampfes im antiparlamentarischen Sinne und eine rücksichtslose proletarisch-revolutionäre Politik.

Sie verurteilen die bisherige Politik der U. S. P.-Kabinettsmitglieder auf das schärfste.

Dieser Beschluß ist dem Parteivorstand der U. S. P. unverzüglich mitzuteilen.

Ferner hat dieselbe Körperschaft in der gleichen Sitzung gegen 1 Stimme bei 1 Enthaltung beschlossen:

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe Berlins verurteilen aufs schärfste die Politik und das persönliche Verhalten des Genossen Barth nach seinem Eintritt in die Regierung. Sie entziehen ihm deshalb jedes weitere Vertrauen.

Letzte Nachrichten.

Der Provokateur zur Straßenschlacht.

Der „Freiheit" wird mitgeteilt, daß Sonnabend nachmittag am Hintereingang der Universität in der Dorotheenstraße drei schützengrabenmäßig ausgerüstete Musketiere mit dem Stahlhelm auf dem Kopfe auf Posten standen. Spaziergängern fiel diese merkwürdige Ausrüstung auf und sie wandten sich daher an die Posten mit der Frage, was denn wohl dieser kriegerische Aufzug zu bedeuten habe. Sie erhielten die Auskunft, daß die Teilnehmer an der Begräbnisfeier beabsichtigten, bei der Rückkehr vom Friedhof die Fahne vom Dache der Universität zu entfernen. Aber sie sollten nur kommen, man sei bereit! Auf dem Dache sei ein Maschinengewehr postiert, und der Offizier, der die Aufstellung des Maschinengewehrs angeordnet hat, habe sogar den Befehl gegeben, das Gewehr so zu postieren, daß es von der Straße aus sichtbar sei.

Aus der ganzen Unterhaltung unseres Berichterstatters mit dem Posten geht hervor, daß die Soldaten bis ins kleinste durchgearbeitete Instruktionen zur Abwehr eines Angriffs auf die Universität erhalten haben.

*

Also: Am Tage, da die Opfer des 6. Dezember vom Proletariat zu Grabe getragen werden, trifft irgendein Offizier kalten Blutes die Vorbereitungen zu einem neuen Blutbad: Wir fordern, daß der Provokateur zur Straßenschlacht sofort festgesetzt wird!

Und wir fragen: wer trägt die Verantwortung dafür, wenn nicht die Regierung, die den Offizieren noch die Kommandogewalt läßt, wenn nicht die Ebert-Scheidemann-Haase?

Scheidemann-Lequis werben für die Gegenrevolution.

W.T.B. **Berlin**, 22. Dezember. Die 1. Gardereserve-Division zog heute mittag in Berlin ein und wurde am Brandenburger Tor feierlich begrüßt. Volksbeauftragter Scheidemann hieß die Truppen im Namen der Regierung herzlich willkommen und dankte ihnen für alles das, was sie zum Schutze ihres Vaterlandes Jahr und Jahr getan. Er sagte: Ihr findet bei Eurer Rückkehr ein neues Deutschland, das leben und arbeiten will unter der Parole, die dort drüben vom Brandenburger Tor herüberleuchtet: Frieden, Freiheit! Frieden soll heißen: Arbeit, Kunst, Wissenschaft, Glück für Alle, Freiheit ist gleiches Recht für alle, nicht Anarchie und Zuchtlosigkeit. Frieden und Freiheit können nur dort gedeihen, wo geordnete Zustände herrschen. (Lebhafte Zustimmung.) Manches Neue, was Ihr gesehen und gehört, wird Euch nicht gleich gefallen haben, mancherlei ist auch beschlossen worden, was zunächst mißverstanden worden ist. Wenn Symbole des Alten und nunmehr Ueberwundenen fallen sollen, so hat niemand daran gedacht und darf niemand daran denken, daß damit der persönlichen Ehre auch nur eines Einzigen zu nahe getreten werden soll. (Stürmische Zustimmung.) Wohlerworbene Rechte sollen und werden nicht angetastet werden, für Tapferkeit erworbene Ehrenzeichen werden alle Zeiten ihren Wert behalten. Scheidemann schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den jungen sozialistischen deutschen Freistaat.

Nach dem Volksbeauftragten Scheidemann sprach noch der Generalleutnant Lequis herzliche Worte der Begrüßung.

Eine Niederlage der Scheidemänner in Neukölln.

Zu einer wuchtigen Abrechnung des Neuköllner Proletariats mit den Ebert-Scheidemann gestalteten sich 4 große Volksversammlungen, die von den Neuköllner Scheidemännern mit der Tagesordnung: „Was will die Sozialdemokratie — und Auf zur Arbeiterratswahl" einberufen waren. Die Versammlungen waren von unseren Neuköllner Genossen mitbesucht. Die Versammelten erzwangen teilweise Bürowahl und Korreferenten. Die Referenten versuchten in der sattsam bekannten Weise die viereinhalbjährige Kriegspolitik der Scheidemänner zu verteidigen und prahlten, daß diese es eigentlich waren, die die deutsche Revolution herbeigeführt hätten. Die Diskussionsredner zeigten die ganzen Sünden der Mehrheitssozialisten auf und forderten unter dem stürmischen Beifall der Versammlungen Abtreten der kompromittierten Führer. Sie appellierten an die noch hinter diesen stehenden Arbeitern und Arbeiterinnen, sich zu besinnen, daß nur der Klassenkampf des geeinten Proletariats den Kapitalismus und seine Gefolgschaften beseitigt und die Durchführung der sozialistischen Republik gewährleistet.

Anträge und Resolutionen in diesem Sinne wurden mit großer Mehrheit von den Versammlungen angenommen.

Die Versammlungen wurden mit Hochrufen auf die kommende Weltrevolution beendet.

Das war ein Volksgerichtstag über den langjährigen Verrat der Mehrheitssozialisten und ein guter Auftakt für die kommenden Arbeiter- und Soldatenratswahlen in Neukölln.

Das Schicksal Deutsch-Südwestafrikas.

W.T.B. **Barkly-West**, 16. Dezember. (Reuter.) Minister Dewet erklärte auf dem Kongreß der Diamantgräber, die britische Regierung beabsichtige, Deutsch-Südwestafrika der Regierung der Südafrikanischen Union auszuhändigen. Diese sollte auch darüber zu Rate gezogen werden, was mit Deutsch-Ostafrika zu geschehen habe.

Internationale Konferenz in Lausanne.

Stockholm, 21. Dezember. Laut „Sozialdemokraten" erhielt Branting gestern von Henderson folgendes Telegramm: Ich habe Vandervelde und Huysmans mitgeteilt, daß die britische Partei eine internationale Konferenz in Lausanne wünscht, die etwa am 6. Januar eröffnet werden soll. Unsere Abordnung ist bereits ausersehen. Es wird zu spät für den Zusammentritt des Büros. Falls der Exekutivausschuß der Internationale im Verein mit den Vertretern der internationalen Gewerkschaftsbewegung sich weigern sollte, die Konferenz einzuberufen ohne Bevollmächtigung durch das Büro, so schlage ich vor, daß Vandervelde, Thomas, Gompers und ich selbst unseren Auftrag ausführen, der dahin geht, jene Organisation einzuberufen, die zu der interalliierten Sozialistenkonferenz im Februar und September 1918 eingeladen waren. Unter solchen Umständen schlage ich Ihnen vor, die Zentralen einzuberufen, die Mittelmächte sind davon unterrichtet, daß sie selbst ihre Anordnungen treffen sollen. Huysmans sollte Sekretär sein und sofort nach Lausanne reisen.

Die Aktion gegen Rußland.

T. K. **Amsterdam**, 21. Dezember. Die Ereignisse in Rußland sind in den letzten Tagen auffällig in den Vordergrund des Interesses der englischen Oeffentlichkeit getreten, und aus den Aeußerungen der Presse ist zu entnehmen, daß die Regierung unmittelbar vor Entschlüssen steht, die entscheidende Ereignisse in Rußland vorbereiten.

Der Kriegsminister Lord Milner hat sich bereits in diesem Sinne geäußert und offiziell erklärt, daß die Bolschewiki bestraft werden müßten, da sie den Feinden Hilfe geleistet hätten.

Die „Times" und andere Blätter erklären, daß ein wirklicher Friede nur dann möglich sein werden, wenn die Alliierten der Anarchie in Rußland ein Ende gemacht hätten. Neben Kerenski und Miljukow ist nun auch Fürst Lwow, der Premierminister der provisorischen Regierung von 1917, in London eingetroffen und wird sich von da nach Paris weiterbegeben. Wie verlautet, hat er die Aufgabe, die Alliierten über die wirkliche Situation in Rußland aufzuklären und ihnen mitzuteilen, daß die demokratischen Elemente imstande seien, eine allrussische Regierung zu bilden.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Nach dem glänzenden „Sieg" auf dem Rätekongreß glauben die Ebert-Leute, ihr Hauptstreich gegen die Macht der A.- und S.-Räte, gegen die proletarische Revolution und den Sozialismus sei gelungen.

Sie werden sich irren. Es gilt, diesen Plan der Gegenrevolution zunichte zu machen, die Aktion der kapitalistischen Schutztruppe durch die revolutionäre Aktion der Massen zu durchkreuzen.

Wie wir das infame preußische Dreiklassenwahlrecht ausnützten, um im Dreiklassenparlament gegen das Dreiklassenparlament zu kämpfen, so werden wir die Wahlen zur Nationalversammlung zum Kampfe gegen die Nationalversammlung verwerten.

Hier freilich ist die Analogie zu Ende. Die Teilnahme an der Nationalversammlung kann heute für wirkliche Verfechter der Revolution und des Sozialismus nichts gemein haben mit dem herkömmlichen Schema, mit der althergebrachten „Ausnützung des Parlaments" zu sogenannten „positiven Errungenschaften". Nicht im alten Trott des Parlamentarismus, nicht um an den Gesetzesvorlagen kleine Besserungsflicken und Schönheitspflästerchen anzubringen, auch nicht um „Kräfte zu messen", Heerschau der Anhänger zu halten oder wie all die bekannten Redensarten aus der Zeit der bürgerlich-parlamentarischen Tretmühle und aus dem Wortschatz der Haase und Genossen heißen.

Jetzt stehen wir mitten in der Revolution und die Nationalversammlung ist eine gegenrevolutionäre Festung, die gegen das revolutionäre Proletariat aufgerichtet wird. Es gilt also, diese Festung zu berennen und zu schleifen. Um die Massen gegen die Nationalversammlung mobil zu machen und zum schärfsten Kampf aufzurufen, dazu müssen die Wahlen, dazu muß die Tribüne der Nationalversammlung ausgenutzt werden.

Nicht um mit der Bourgeoisie und ihren Schildträgern zusammen Gesetze zu machen: um die Bourgeoisie und ihre Schildträger zum Tempel hinaus zu jagen, um die Festung der Gegenrevolution zu erstürmen und die Fahne der proletarischen Revolution auf ihr siegreich zu hissen, — dazu ist die Beteiligung an den Wahlen nötig.

Man bedürfe dazu der Mehrheit in der Nationalversammlung? Das glaubt nur, wer dem parlamentarischen Kretinismus huldigt, wer Revolution und Sozialismus durch Parlamentsmehrheiten entscheiden will. Auch über die Schicksale der Nationalversammlung selbst entscheidet nicht die parlamentarische Mehrheit in der Nationalversammlung, sondern die proletarische Masse draußen und den Betrieben und auf der Straße.

Das möchte den Herrschaften um Ebert-Haase, das möchte den Junkern, Kapitalisten und ihrem Troß so passen, wenn man sie hübsch unter sich ließe, und die revolutionären Proletarier sich mit der Rolle der Zaungäste begnügten, die ruhig zuschauen, während drinnen ihre Haut zu Markte getragen wird!

Aus dieser Rechnung wird nichts. Mögen sie noch so rasch, dank dem Mameluckenkongreß der A.- und S.-Räte, zwischen Tür und Angel, ihr gegenrevolutionäres Werk unter Dach und Fach gebracht haben, — dennoch war und bleibt es eine Rechnung ohne den Wirt. Der Wirt ist die proletarische Masse, der wirkliche Träger der Revolution und ihrer sozialistischen Aufgaben. Sie, die Masse, hat über die Schicksale und den Verlauf der Nationalversammlung zu bestimmen. Von ihre eigenen revolutionären Aktivität hängt ab, was in, was aus der Nationalversammlung wird. Das Hauptgewicht liegt in der Aktion draußen, die an die Tore des gegenrevolutionären Parlaments ungestüm pochen muß. Aber schon die Wahlen selbst, und die Aktion der revolutionären Vertreter der Masse drinnen muß der Sache der Revolution dienen. Alle Kniffe und Schliche der werten Versammlung rücksichtslos und laut denunzieren, ihr gegenrevolutionäres Werk auf Schritt und Tritt vor der Masse entlarven, die Massen zur Entscheidung, zur Einmischung anrufen, — dies ist die Aufgabe der Beteiligung an der Nationalversammlung.

Die Hexen Bourgeois, mit der Ebert-Regierung an der Spitze, wollen den Klassenkampf durch die Nationalversammlung bannen, lähmen, der revolutionären Entscheidung ausweichen. Diesem Plan zum Trotz soll der Klassenkampf in die Nationalversammlung selbst hineinstürmen, er soll die Wahlen, wie die Verhandlungen der Nationalversammlung gerade zur Beschleunigung der revolutionären Entscheidung ausnutzen.

Wir gehen heißen Zeiten entgegen. Die Arbeitslosigkeit,

Die wirtschaftlichen Konflikte werden in den nächsten Wochen und Monaten unaufhaltsam wachsen. Die große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die die Zukunft der Revolution in ihrem Schoße trägt und die im Endresultat keine andere Entscheidung zuläßt, als den Niederbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft und den Triumph des Sozialismus: sie wird schon dafür Sorge tragen, daß die revolutionäre Stimmung und Aktivität der Massen im Lande mit jedem Tage wächst.

Die Nationalversammlung soll nach dem Plan der Ebert-Leute dieser revolutionären Flut einen Damm entgegenstellen. So gilt es, die Flut gerade mitten, in und durch die Nationalversammlung zu leiten, um den Damm hinwegzuspülen.

Die Wahlaktion, die Tribüne dieses gegenrevolutionären Parlaments, soll ein Mittel werden zur Scheidung, Sammlung, Mobilisierung der revolutionären Masse, eine Etappe im Kampf um die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

Ein Sturm der Massen an die Tore Nationalversammlung, die geballte Faust des revolutionären Proletariats, die sich mitten in der Versammlung erhebt, und die Fahne schwenkt, auf der die feurigen Lettern leuchten: **Alle Macht den A.- und S.-Räten! — Das ist unsere Beteiligung an der Nationalversammlung.**

Proletarier, Genossen, ans Werk! Keine Zeit ist zu verlieren. Heute noch triumphieren die herrschenden Klassen über die siegreiche Aktion der Ebert-Regierung im Rätekongreß, sie harren und hoffen auf den 19. Januar als die Rückkehr ihrer ungetrübten Massenherrschaft. Sie mögen nicht zu früh triumphieren. Die Ideen des Märzes sind noch nicht vorüber und auch nicht die des Januar. Der proletarischen Revolution gehört die Zukunft, ihr muß alles dienen, — auch die Wahlen zur Nationalversammlung.

Politische Uebersicht.

Erzbergers Proteste.

Die deutsche Waffenstillstandskommission, d. h. Herr Erzberger, läßt durch das W. T. B. mitteilen:

Berlin, 21. Dezember. Der Vorsitzende der Deutschen Waffenstillstandskommission teilt uns mit:

„Der Ortsort Ried bei Frankfurt a. M. ist gestern von den Franzosen besetzt worden. Entgegen den Zusagen von Marschall Foch hat der französische Ortskommandant verfügt, daß alle männlichen Personen, die nicht bereits vor dem Kriege daselbst ansässig waren, interniert werden, wenn sie sich nicht innerhalb 48 Stunden entfernen. Diese Anordnung trifft eine große Zahl von Eisenbahnbeamten und viele hunderte von Arbeitern der dortigen Hauptwerkstätte der größten für die Ernährung arbeitenden Lokomotivwerkstätte, die dadurch vollständig lahmgelegt wird. Diese Maßnahme macht es Deutschland unmöglich, die in Unter Überschreitung der Ablieferung von Lokomotiven durchzuführen. Von der Waffenstillstandskommission in Spaa ist Protest eingelegt worden.“

„Der französische Platzkommandant von Höchst hat angeordnet, daß der gesamte Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und neutralen Zone, also auch zwischen Höchst und Frankfurt a. M. völlig gesperrt wird. Alle erteilten Pässe sind für ungültig erklärt. Die Franzosen haben in der Grenzstadt Kelsterbach die Schienen aufgerissen. Hierdurch entsteht in den Vororten von Frankfurt in kürzester Frist Arbeitslosigkeit. Die französische Besatzung hat gleichzeitig Bestellung von Geisseln, welche das Wohlverhalten der Arbeiter gewährleisten sollen, angeordnet. Gegen diese Anordnung, die zu dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in Widerspruch steht, ist Protest erhoben worden.“

„Auge um Auge, Zahn um Zahn“. Danach handeln die französischen Militärs in dem besetzten Gebiet. Sie übersetzen nur die entsprechenden deutschen Befehle ins Französische.

Wenn nun die Erzberger und Genossen ein Trommelfeuer von Protesten gegen diese Maßregeln loslassen, so ist die einzige Wirkung davon, daß die Gegenseite diese Proteste nicht nur nicht beachtet, sondern noch weiter gereizt wird. Denn die Erzberger waren es ja, die während des Krieges jede deutsche Barbarei gedeckt, vertuscht, verteidigt haben. Wenn also die Ebert-Scheidemann-Erzberger, die durch ihre Presse dem deutschen Volke ständig ins Ohr schreien lassen: Wir sind die einzig möglichen Friedensunterhändler, so tun sie das nur, weil die ausländische Presse, die sie tagtäglich Lügen straft, durch ihr W. T. B. ganz in der alten Weise wie während des Krieges tendenziös „gesichtet“ wird.

Hilferding — Barths Echo.

In einer Versammlung in der Singakademie, die gestern vom „Bürgerrat für Groß-Berlin“ einberufen war, gab Dernburg seine Meinung zum Besten über „Die Probleme der Sozialisierung“.

Es ist bezeichnend für den Stand der Dinge, daß Dernburg nur die Redewendungen der Scheidemann-Hilferding-Barth zu übernehmen brauchte, um sich vollkommen auf das kapitalistische Terrain zu retten.

Herr Dernburg entdeckte in seinem Vortrag, daß Post, Eisenbahnen, Telegraphen bereits „sozialisierte Betriebe“ seien und wie der Bürger Molières eines Tages die überraschende Entdeckung machte, daß er „Prosa“ sprach, so macht Dernburg im Vorbeigehen die Entdeckung, daß er selbst — mit seiner Diamentenregie — Pionier der Sozialisierung gewesen ist, ohne es zu wissen.

Aber — und hier ist Dernburg getreues Echo der Hilferding, Barth usw. — diese Sorte Sozialisierung ist nicht möglich mit Arbeitern, die Löhne in der Höhe und in dem Tempo wie heute fordern. Expropriation ohne Entschädigung ist nicht möglich, denn sie würde den Kredit des Staates untergraben. Originale Leistung Dernburgs ist die Wendung: man dürfe das Staatseigentum nicht noch vermehren, während der Feind nach Pfändern lucht. Die bürgerliche Presse hatte bisher umgekehrt argumentiert: es darf nicht sozialisiert, damit die vorhandenen Pfänder für die Forderungen der feindlichen Regierungen nicht im Wert vermindert werden. Aber so oder so, die letzte Deckung des einen wie des anderen für die kapitalistischen Kassenschränke ist allemal: Marschall Foch! Dernburg schloß mit dem schönen „Gedanken“, daß nur die gemeinsame und geeinte Arbeit der Unternehmer, Arbeiter und Angestellten uns aus der schweren Zeit, in der wir leben, hinausführen kann in eine bessere und gesicherte Zukunft“.

Die Versammlung beschloß dann, daß die Regierung ohne Zustimmung der Nationalversammlung keine „entscheidenden Schritte auf dem Wege der Sozialisierung tun dürfe“.

Ein ganz überflüssiger Beschluß, denn die „Sozialisierung“ der Ebert-Scheidemann-Barth-Hilferding ist bis auf den Buchstaben dieselbe wie Dernburg „es versteht“ — die alte Kapitalherrschaft unter neuem Namen.

Berlin oder Schilda?

Die letzte Massendemonstration der Berliner Arbeiterschaft, ihre scharfe Absage an die Karrikatur des Rätekongresses haben in ängstlichen Gemütern den Wunsch erregt, den Sitz des Allerheiligsten — die Nationalversammlung von Berlin fort in eine andere Stadt zu verlegen. Nürnberg, Weimar, Kassel, Frankfurt a. M. bemühen sich um die Ehre. Die maßgebenden Kreise denken an Buxtehude oder Schilda.

Das Berliner Proletariat läßt diese Erörterung kalt. Es sieht eine Flucht der Nationalversammlung von Berlin nicht, wie der „Vorwärts“ zu glauben scheint, als Strafe an; ist vielmehr der Auffassung, daß ein solcher Schritt nicht der Berliner Arbeiterschaft, sondern nur der Nationalversammlung selbst schaden würde. Ihre von Anfang an nicht große Autorität würde sich im Verhältnis ihrer Entfernung von Berlin weiter mindern.

Die ganze Erörterung beweist nur, wie im Bürgertum und bei den Scheidemännern von vornherein mit gegenrevolutionären Aktionen der Nationalversammlung gerechnet wird. Man hat Furcht vor den revolutionären Massen. Vor ihnen möchte man sie schützen, und in ihrer Angst schrecken die Ebert-Haase-Leute nicht vor Schildbürgerstückchen zurück. Aber wo sie auch tagen möge, in Berlin oder Schilda —, wer kann im Ernst glauben, daß irgend ein Parlament der Revolution Richtung und Ziel geben kann, wenn es nicht im engsten Kontakt mit den Massen steht? Die Nationalversammlung wird nach der Art ihrer Entstehung, der ein bürgerlich-parlamentarischer Wahlakt ist, diesen Kontakt nicht haben. Sie wird deshalb steuerlos auf dem wildbewegten Meer der Revolution hin- und hertreiben, bis sie schließlich von der Welle verschlungen wird.

Erklärung!

Essen, den 18. Dezember 1918.

Zu der Behauptung des delegierten Limbertz, Essen, auf der Konferenz am 16. 12. 18 erklärt die Kom. Arbeiter-Partei, Essen (Mitglied des Spartakusbundes) folgendes:

Wenn sich die Ausführungen auf die Bergarbeiterstreiks im Kreise Essen beziehen (Stinnes I./II., III./IV., Neukölln, Christian Levin, Prosper I.—III.) stellt Limbertz Behauptungen auf, die gegen sein besseres Wissen sind. Der erste Streik (Stinnes I.—IV.) entstand deshalb, weil die Bergarbeiter dort zu wirklich schandbaren Löhnen (9—12 M. pro Schicht) arbeiten mußten. Limbertz hatte sich selbst durch Einsichtnahme in die Lohnbücher überzeugt, daß dem so war. Als der Streik ausbrach, gab es noch keine Spartakusleute dort auf der Zeche. Bei den weiteren Streiks auf den oben angeführten Zechen waren auch keine Spartakusleute die „Urheber“. Dies ist einwandfrei durch den Essener Arb.- u. Sold.-Rat festgestellt worden. Erst als die gewerkschaftlichen Organisationen versagten, und die Bergarbeiter sich an unser Sekretariat wandten, haben wir eingegriffen. Und diesem Eingreifen ist es zu verdanken, daß die durchaus berechtigten Klagen der Bergleute auch von den Verbandsvorständen gehört wurden und neuerliche Verhandlungen mit den Zechen erledigt wurden. Bei diesen Verhandlungen wurden 15 Prozent Lohnerhöhung erreicht. Wenn es „Spartakistische Umtriebe“ sind, wenn für Arbeiter Lohnverbesserungen herausgeholt werden, wollen wir gern dieses Odium auf uns laden. Auf der Konferenz in Berlin konnten Limbertz und Wert vielleicht noch mit dem Spartakus-Mammon Effekt machen, hier im Ruhrgebiet zieht das nicht mehr.

Kommunistische Arbeiterpartei Essen-Ruhr.
(Mitglied des Spartakusbundes.)

Aus der Internationale.

Parlament und Klassenkampf in England.

In dem eben beendeten Wahlkampf Englands wurde das gleiche Stück „Ueberrumpelung der Massen“ wie bei dem deutschen Nationalversammlungszauber auf einem anderen Instrument gepfeift. Die Folge war, daß gegen die gesamte Gewerkschaftsbürokratie und gegen die zahmen Führer der bis zum Kriegsende ministeriellen Arbeitspartei im Wahlkampf ein scharfes revolutionäres Mißtrauen gegenüber dem Parlamentarismus lauf wurde. Eine besondere „Sozialistische Arbeiterföderation“, zu der die Tochter der Suffragettenführerin Pankhurst zählt, fordert die „Sowjet“-Regierungsform anstelle des bisherigen herrschenden Systems, und vornehmlich in den Wahlversammlungen von Südwales, Coventry, Glasgow usw. kam nach Berichten der „Morning Post“ und ähnlich gerichteter bürgerlicher Blätter wieder deutlich zum Ausdruck: Dieses neue, von einem falschen Burgfrieden lebende Parlament wird den Massen ihr Recht nicht werden lassen, und wenn auch keiner Blutvergießen will, so werden die Massen doch wohl oder übel zur Gewalt, zur „direkten Aktion“ übergehen müssen.

Das Wahlprogramm der Labour Party.

Die englische Labour Party hat für die Parlamentswahlen, die am 14. Dezember in England stattgefunden haben, ihr Programm dahin fixiert:

1. Bestrafung aller Schuldigen, ohne Rücksicht auf Rang und Stellung; Vergeltung für alle Verstöße gegen das Völkerrecht; Versöhnung aller freien Völker und Verständigungsfrieden zur Vermeidung künftiger Kriege.
2. Bund freier Völker, nicht reaktionäre Regierungen; ein Bund, der die ökonomische Befreiung aller Völker begünstigt, statt den Fortschritt der Demokratie zu hindern; ein Bund, der unter seinen wichtigsten Bestimmungen eine Regelung des Arbeiterrechtes zählt.
3. Die Früchte der Sieger dürfen nicht dazu dienen, den jungen Demokratien Europas Hindernisse zu bereiten. Jedes Volk soll selbst seine Regierungsform wählen können, ohne die Einmischung fremder Regierungen fürchten zu müssen. Keine Interventionspolitik zugunsten profitlüsterner Kapitalisten oder zur Sicherung der Anleihezinsen.
4. Zerstörung des Militarismus durch Beseitigung der stehenden Heere. Schleunigste Beseitigung der Rüstungen, und darüber hinaus energische Maßregeln zu ihrer Verminderung. Nationalisierung und Ueberwachung aller Rüstungsbetriebe.
5. Wiederherstellung aller während des Krieges aufgehobenen staatsbürgerlichen Rechte. Preßfreiheit und Versammlungsfreiheit. Befreiung der politisch Gefangenen in Deutschland, Italien und den anderen Ländern. Vollständige und schleunige Demobilisierung.
6. Die Reichen sollen die Kriegskosten zahlen. Niemand soll auch nur einen Pfennig Kriegsgewinn haben. Die Kriegsgewinnler sollen die Kriegslasten tragen. Ein freies Parlament. Keine unverantwortliche Bürokratie mehr.

Vollständige Anerkennung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften als der wirkenden Kräfte der Arbeiterdemokratie.

Die internationale Konferenz.

T. K. Amsterdam, 21. Dezember. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie). In Kreisen der englischen Arbeiterpartei wird Lausanne als der Ort des internationalen Arbeiterkongresses genannt. Der Zeitpunkt des Kongresses ist noch nicht bestimmt, er hängt davon ab, an welchem Tage die Friedenskonferenz ihren Anfang nehmen wird.

Der Vertreter der kanadischen Fachvereinigungen Draker erklärte, daß die kanadische Arbeiterpartei drei Vertreter zu dem internationalen Kongreß senden wird. Die Partei hat mit der kanadischen Regierung ein Uebereinkommen getroffen, daß ihre Vertreter als Berater Kanadas an dem Friedenskongreß teilnehmen werden.

Militärische Schutzhaft.

Eine Gefängnisarbeit von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

Im Krankenhause des Untersuchungsgefängnisses.

Als Ziel der Fahrt ergab sich das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses in Moabit, wo Freund Meyer schon seit dem 15. September hauste.

Im Hauptausschuß des Reichstages haben die Vertreter der „Reichsleitung“ einiges Aufsehen davon gemacht, wie wesentlich meine Lage durch diese Ueberführung gebessert worden sei. An sich ist diese Besserung nicht zu bestreiten. Nur darf man doch wohl nicht als besondere Großmut beanspruchen, was für den gemeinsten Verbrecher selbstverständliches Recht ist. Wenn ein Raubmörder sich schwer erkrankt in Untersuchungshaft befindet, so wird er in das Krankenhaus überführt. Wenn mir nun als politisch unbequemen Gegner der Regierung, dem nicht der geringste Verstoß gegen die Gesetze des Landes nachgewiesen werden konnte, dieselbe „Vergünstigung“ im Falle schwerer Erkrankung widerfuhr, so mag das für preußische Verhältnisse immerhin eine großartige Leistung sein, aber es ist doch schwer zu erkennen, weshalb die Vertreter der „Reichsleitung“ aus lauter Rührung über diesen Beweis ihres Edelmuts an den eigenen Kohlen schmolzen.

Auf einem ganz anderen Blatte steht meine gern gezollte Anerkennung dafür, daß mich die Beamten des Gefängnisses, vom Direktor bis zum letzten Aufseher, in menschlich würdiger Weise behandelt haben. Der Direktor suchte mich gleich nach meiner Einlieferung in meiner Zelle auf, erbot sich, sofort meine Frau von meinem nunmehrigen Aufenthalt zu benachrichtigen, so daß diese mit einer angstvollen Nacht davonkam, und versprach mir, innerhalb seiner Befugnisse meine Haft nach Möglichkeit zu erleichtern, was er auch gehalten hat. Dazu gewann ich wieder das Vertrauen auf die ärztliche Wissenschaft, das ich in der Stadtvogtei gänzlich verloren hatte. Ich traf auch hier zunächst einen stellvertretenden Gefängnisarzt, der meiner Gesundheit schon einen wesentlichen Dienst leistete; dann kehrte der ständige Gefängnisarzt zeitweise von der Front zurück und untersuchte aus freien Stücken wiederholt meine körperliche Verfassung mit einer Gründlichkeit und Umsicht, um die ich mich in der Stadtvogtei vergebens bemüht hatte. Nicht zum wenigsten freundlich erwies sich mir der Anstaltsgeistliche, doch fiel er bald, als ein Opfer seiner echt christlichen und eben deshalb echt menschlichen Gesinnung, „auf dem Felde der Ehre“.

Schade nur, daß mich das Oberkommando in den Marken zu lieb gewonnen hatte, um mich aus seiner väterlichen Obhut zu entlassen. Es behielt sich vielmehr volle Verfügungsfreiheit über meine Person vor; der „Herr Oberstleutnant“, der am Tage vor meiner Ankunft in dem Krankenhause erschienen war, um für mich Quartier zu machen, hatte den strengsten Befehl erteilt, mich zu isolieren und namentlich jeden Verkehr mit Meyer zu hindern. Die alte Marotte spukte also noch immer. Ferner hatte das Oberkommando in den Marken angeordnet, daß ich mit meiner Frau und meinem Anwalt nur unter der Ueberwachung eines Geheimpolizisten sprechen dürfe, während es in der Stadtvogtei nur der Gegenwart eines Unteroffiziers bedurfte, um mit ihnen zu verkehren. Man begreift leicht, daß diese Anordnungen vortrefflich geeignet waren, die körperliche Erholung, auf die ich in dem Krankenhause rechnen durfte, durch geistige und moralische Depression wieder wettzumachen.

Man mag sich mit der Schutzhaft abfinden, wenn man weiß, weshalb und wie lange man brummen muß, aber sie wird zur greulichen Qual, wenn man sich im Zustande vollkommener Unwissenheit befindet. Indes wurde sie mir einigermaßen erleichtert durch das Wohlwollen des Anstaltsgeistlichen, der mich nicht nur mit anregender Lektüre aus der Gefängnis- und seiner Privatbibliothek versorgte, sondern auch täglich seiner stark beanspruchten Zeit ein Viertelstündchen abmüßigte, um mit mir zu plaudern. Es waren — bei der weitgehenden Verschiedenheit unserer politischen, religiösen und sozialen Anschauungen — natürlich ganz harmlose Gespräche über literarische Erscheinungen oder Erinnerungen aus Italien, wo der Geistliche als Pfarrer einer deutschen Gemeinde mehrere Jahre gelebt hatte und ich häufiger gewesen war oder dergleichen mehr, aber es war mir eine wirkliche Erquickung, wenigstens in Bruchteilchen des langen Tages mich mit einem gebildeten und welterfahrenen Manne zu unterhalten.

Dagegen waren die zehn Minuten, die ich wöchentlich einmal mit meiner Frau sprechen durfte, durch die geheimpolizeiliche Ueberwachung für mich mehr eine Qual als eine Erholung. Wir hatten sicherlich über keine staatsgefährlichen Geheimnisse zu sprechen, aber doch über manche häusliche Angelegenheiten, die man in zivilisierten Ländern, wo die „Heiligkeit der Ehe“ mehr als ein albernes Schlagwort ist, Eheleute unter sich abmachen läßt. Sie zu erörtern, während einige Schritte von einem ein fatal glotzendes Gesicht mit gespitzten Ohren steht, um irgendein Wort aufzufangen, woraus einem oder dem Andern oder einem Dritten ein Strick gedreht werden kann, das ist nicht sehr angenehm.

(Schluß folgt.)

Parteinachrichten.

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Die Organisationen des Spartakusbundes werden hiermit zu einer am Montag, den 30. Dezember, beginnenden Reichskonferenz des Spartakusbundes eingeladen.

Tagesordnung:

1. Die Krisis in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.
2. Programm des Spartakusbundes.
3. Nationalversammlung.
4. Internationale Konferenz.

Anmeldungen der Delegierten erbeten an die Zentralstelle des Spartakusbundes Berlin SW., Friedrichstraße 217.

Die Zentralstelle.
Meyer. Eberlein.

Aus den A.- und S.-Räten.

Sitzung des Berliner S.-Rates.

Am Sonntag fand eine Sitzung des Berliner S.-Rates statt. Anstelle des ausgeschiedenen zweiten Vorsitzenden Kretschmer wurde Emilewski von der U. S. P. gewählt. Folgender Beschluß wurde einstimmig angenommen:

„Deputationen der Soldatenräte Augusta und Alexander, die zur Hetmanschutzarmee Ost entsandt worden waren, haben festgestellt, daß dort etwa 40 Offiziere auf je 200 Mannschaften entfallen. Es handelt sich nicht etwa lediglich um aktive Offiziere, sondern auch solche der Reserve und Landwehr, die eigentlich schon hätten entlassen werden müssen. (Zuruf: Stellungslose.) Da eine derart hohe Zahl von Offizieren äußerst kostspielig und überflüssig ist, wird um schleunigste Regelung gebeten."

Ferner nahm man Stellung gegen die hohen Offiziersgehälter. Man verlangte weiter, daß die Soldatenbeschlüsse des Rätekongresses sofort im Armeeverordnungsblatt veröffentlicht würden, da die Behörden sich um sie nicht kümmern. Der neu zu wählende Berliner Vollzugsrat soll aus 21 Mitgliedern bestehen, je 7 aus Scheidemännern, Unabhängigen und Soldaten.

Generalkommando und A.- und S.-Räte.

Zwischen dem Generalkommando Hannover und dem A.- und S.-Rat Braunschweig hat aus Anlaß der Entlassung der Jahrgänge 1898—99 eine bezeichnende Korrespondenz stattgefunden. Diese Jahrgänge hatten in einer großen Demonstration in Braunschweig ihre sofortige Entlassung gefordert, und der A.- und S.-Rat Braunschweig hatte sie ihnen auch zugesagt. Darauf hat das Generalkommando Hannover einen Kurzbefehl dahin erlassen, daß die in Braunschweig stehenden Infanterie- und Husaren-Regimenter nebst Stäben sofort von Braunschweig und Wolfenbüttel nach Celle zu verlegen seien. Die bei diesen Truppen befindlichen Mannschaften aus dem ehemaligen Herzogtum Braunschweig seien darüber zu belehren, daß entgegen den Bestimmungen des Kriegsministeriums die Entlassung der jüngen Jahrgänge gefordert wäre, daß aber die Befehle des Kriegsministeriums durchgeführt werden müßten. Das Generalkommando hat diesen Kurzbefehl in einem besonderen Brief der Braunschweigischen Regierung mitgeteilt: Der A.- und S.-Rat Braunschweig hat darauf kurz und bündig folgendes erwidert:

19. Dezember 1918.

Herrn Oberst Eggers
Braunschweig.

Wir empfingen Ihr Schreiben vom 18. 12. 18 nebst der beigegebenen Abschrift des Korpsbefehls des 10. A.-K. Wir verfügen kraft der uns zustehenden Regierungsgewalt, daß von den momentan im braunschweigischen Landesgebiet liegenden Truppen nicht ein einziger Truppenteil verlegt wird, sondern daß dieselben hier in ihrem Standort demobilisiert werden, und zwar so schnell es die Zeitumstände nur irgend gestatten. Wir sind nicht gewillt, uns vom 10. A.-K. in unserem Lande irgendwelche Vorschriften machen zu lassen, und werden die von uns getroffenen Maßnahmen unbeirrt wie bisher weiter durchführen.

Hochachtungsvoll
A.- und S.-Rat.

Der Briefwechsel beweist klar, daß die Militärs mit allen Mitteln bestrebt sind, die jungen unaufgeklärten Soldaten in den alten Verbänden fest zusammenzuhalten, um eine Armee der Gegenrevolution schlagfertig zu haben. Jede Einschränkung der Kommandogewalt, dieser Quintessenz des preußischen Militarismus, ist den Offizieren zuwider, weil sie eine Verringerung ihrer Restaurationsabsichten bedeutet. Daher auch ihr Widerstand gegen die gewiß harmlosen Beschlüsse des Rätekongresses, die weit hinter den Soldatenforderungen zurückbleiben. In Braunschweig hat das stürmische Verlangen der jungen Jahrgänge nach ihrer Entlassung dahin geführt, daß der A.- und S.-Rat für sie gegen die Militärs eintritt. Treten auch anderwärts die jungen Soldaten selbst auf den Plan, so wird man sie gegen ihren Willen nicht zurückhalten können.

Unteroffiziere gegen den Rätekongreß.

Achttausend aktive Unteroffiziere, Deckoffiziere usw. in Kiel haben durch eine Abordnung bei dem Kommandanten von Kiel, Noske, den schärfsten Einspruch gegen den Beschluß des Rätekongresses bezüglich der Ablegung der Abzeichen, Orden und Ehrenzeichen eingelegt und Unterstützung von ihm und der Regierung verlangt, daß dieser Beschluß nicht zur Durchführung komme. In Kiel herrscht große Erregung über den Beschluß des Rätekongresses.

Hindenburg-Ordner auf der einen, die Kapitulanten auf der anderen Seite: wird die Regierung Ebert-Haase diesem Druck widerstehen können? Irgend ein Advokatenkniff wird ihnen wohl aus dem Dilemma Rätebeschluß oder Beibehaltung des alten Militarismus heraushelfen sollen — bis die Soldatenmassen sich wieder einmal auf ihre Kraft besinnen und dem Spuk ein Ende machen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

„Abbau der Löhne".

Die Gewerkschaftsführer und das Demobilmachungsamt sind übereingekommen, auf einen „Abbau der Löhne" hinzuwirken. Daher macht W. T. B. halbamtlich bekannt:

„Die außerordentlich hohen Lohnsteigerungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, stellen nur eine scheinbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters dar. Sein Einkommen wird lediglich nominell aufgebessert, in Wahrheit führt die Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Anziehen der Lebensmittel- und späterhin der Rohstoff- und Mietpreise. Die Besitzer im Schleichhandel erworbener Nahrungsmittel sehen sich heute beliebig zahlungsbereiten und zahlungsfähigen Verbrauchern gegenüber und nehmen keinen Anstand, die Wucherpreise weiter ins Ungemessene zu steigern. Nicht weniger stark werden die Produktionskosten durch wahllose Lohnerhöhungen ohne Berücksichtigung des wirtschaftlich Möglichen in die Höhe getrieben. Da Deutschland ferner in nächster Zeit wieder Verbrauchsgegenstände aus dem Ausland einführen, sie aber nicht wie früher mit Waren, sondern bar bezahlen muß, so wird jeder einzelne Arbeiterhaushalt die Belastung spüren, die als Folge der für uns ungünstigen Wechselkurse, mittelbar also der Geldentwertung, eintritt.

Es ist hohe Zeit, daß die Lohnfestsetzung wieder in die des Tarifvertrags zurückkehrt und gewerkschaftlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der gegenwärtige Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinen der Arbeiter überlassen bleiben. Vom Unternehmer muß weitestgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden, aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebes zu nehmen, ohne die eine sozialistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie Vergesellschaftlichung ist."

Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt dazu schmunzelnd:

„Wir müssen gestehen, daß wir für diese Darlegungen weitgehendes Verständnis haben. Sie kommen uns, abgesehen von einigen Spezialwendungen, sogar reichlich vertraut vor. Nur waren sie damals, als wir sie äußerten, den jetzigen Regierungsmännern noch Erkenntnisse, die man nicht öffentlich äußern durfte."

Das „weitgehende Verständnis" der Kapitalistenpresse für den Abbau der Löhne ist natürlich, denn er bedeutet für ihn zugleich Steigerung der Profitmöglichkeiten.

Zehntägige Arbeitsruhe in Bayern.

Aus München wird berichtet: Wegen der in Bayern herrschenden Kohlennot sieht sich der Demobilmachungskommissar gezwungen, eine zehntägige Arbeitsruhe für alle gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern vom 28. Dezember bis 1. Januar anzuordnen. Die betroffenen Arbeiter erhalten für den Verdienstausfall eine Entschädigung von 90 Prozent ihres Verdienstes aus Rechnung der Staats- bezw. der Reichskasse.

Buchdrucker.

In der Vertrauensmännerversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die gestern stattfand, berichteten Massini und Freibitter über die in der letzten Woche zwischen den Unternehmer- und Gehilfenvertretern stattgehabten Verhandlungen. Von den Unternehmern fehlten die Vertreter großer Kreise, z. B. Hannover, Rheinland-Westfalen, Leipzig, Hessen und Bayern, die schriftlich gegen die Sitzung protestiert hatten; es läge keine Veranlassung zu neuen Lohnerhöhungen vor, denn die Gehilfen ihrer Kreise hätten bis jetzt keinerlei Forderungen gestellt. Offenbar auch eine Wirkung der jahrzehntelangen vortrefflichen „gewerkschaftlichen Schulung", daß die Unternehmer jetzt einen Teil der Gehilfen gegen den anderen ausspielen können. Trotzdem, — wohl unter Berücksichtigung der Stimmung unter den Buchdruckern in den betreffenden Orten —, erklärten sich die Unternehmer der anwesenden fünf Kreise Berlin, Hamburg, Stettin, Halle und Breslau zu Verhandlungen bereit. Es wurden Zuschläge von zehn bis vierzehn Mark pro Woche zu den Stundlöhnen vereinbart. Für Berlin wurde dieser Zuschlag auf zwanzig Mark pro Woche festgesetzt. Außerdem soll zu Weihnachten eine einmalige Teuerungszulage von zwanzig Mark ausgezahlt werden. Die Maschinensetzer erhalten auf die Zuschläge noch eine Erhöhung von 25 Prozent. Bei Ueberstunden- und Nachtarbeit erfolgt die Berechnung auf Grund der neuen Löhne; bisher blieben die Teuerungszulagen hierbei unberücksichtigt. Diese Vereinbarungen sollen nach Verhandlungen mit dem Demobilmachungsamt zwangsweise für das ganze Reich durchgeführt werden. Der Pferdefuß dabei ist, daß den Unternehmern zugleich auf diesem Wege auch wieder das Recht gegeben werden soll, die Lohnerhöhungen auf die Druckpreise aufzuschlagen. Nur keine Schmälerung des Unternehmerprofits! Derartige Vereinbarungen sind ja im Buchdruckgewerbe seit langem gang und gäbe. Die Arbeiter haben an solchen Zusätzen jedoch kein Interesse. Sie tragen dadurch nur selbst dazu bei, die erreichte Lohnerhöhung wieder zu entwerten. In der an die Berichte anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Seiten bemängelt, daß nicht im Interesse der Arbeitslosen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf etwa sechs Stunden durchgesetzt worden sei. Die Erklärungen Massinis, daß in dieser Beziehung bereits Vereinbarungen mit den Unternehmern getroffen worden seien, auf deren Durchführung die Arbeiter hinwirken müßten, waren reichlich unklar und unbestimmt. Die auf ihre großartige gewerkschaftliche Schulung so stolzen Buchdrucker brachten aber nicht so viel Entschiedenheit auf, durch bestimmte Beschlüsse ihre Gewerkschaftsbürokratie zu energischen Schritten für die Arbeitslosen, die größtenteils aus entlassenen Soldaten bestehen, zu veranlassen. Zum Schlusse der Versammlung wurden die getroffenen Vereinbarungen, die bis zum 1. April gelten sollen, gegen wenige Stimmen gebilligt. Vor Ablauf dieser Frist soll der Tarifausschuß prüfen, ob sich nicht die Verhältnisse inzwischen so geändert haben, daß mit einem Abbau der Löhne begonnen werden kann. Wenn es sich darum handelt, die Arbeiter auf niedrige Löhne festzulegen, so sind die Unternehmer für langfristige Vereinbarungen. Jetzt ist die größte Sorge mancher Gewerkschaftsführer, daß mit dem Abbau der Löhne zu spät begonnen werden könnte.

Zum Streik der Brauereibötcher

macht der Verband der Böttcher (Ortsgruppe Berlin) folgende Mitteilung:

Der Verein der Berliner Ringbrauereien will sich zu einer wöchentlichen Zulage von zirka 30 M. verstehen. Die Böttcher der Berliner Brauereien haben daraufhin die Arbeit aufgenommen. Aeußerst erschwerend für die Durchdrückung unseres von den übrigen Böttchereien, Fachhändlern, Fabriken bereits unterzeichneten Tarifs wirkte in der letzten gemeinschaftlichen Verhandlung das Auftreten des Angestellten Schmitz vom Brauereiarbeiterverband. Die am 21. Dezember [illegible] Streikversammlung nahm von dieser sehr bedauerlichen Tatsache mit Entrüstung Kenntnis und erwartet bestimmt weitere Schritte gegen den genannten Gewerkschaftsbeamten.

Gastwirtsgehilfen.

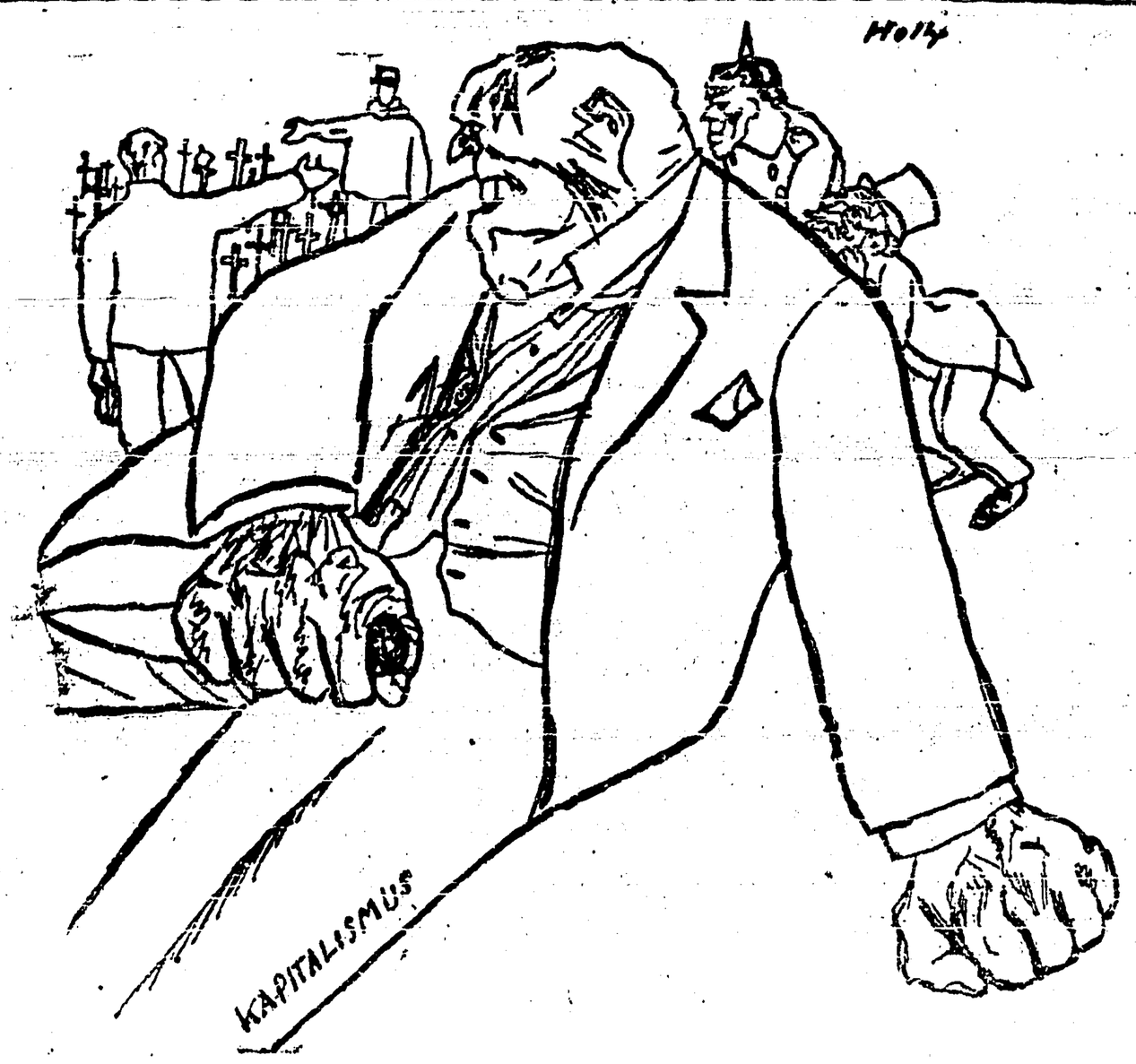
Die Gastwirtsgehilfen hielten am 19. Dezember eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde:

„Die in der Philharmonie tagende, von über 4000 Angestellten des Gastwirtsgewerbes besuchte öffentliche Versammlung beauftragt den Verband der Gastwirtsgehilfen, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um am 1. Januar in allen Berliner gastwirtschaftlichen Betrieben den ununterbrochenen 8stündigen Arbeitstag einzuführen, um auch dadurch die ins Riesenhafte wachsende Arbeitslosigkeit zu verringern. Noch vor Neujahr ist in einer öffentlichen Versammlung Bericht zu erstatten über die Durchführung einer Lohnbewegung für alle Betriebe, deren gesamtes Personal im Verband der Gastwirtsgehilfen organisiert ist."

Fette Dividenden.

Vom Aufsichtsrat der Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. wurde die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Juli 1918 abgelaufene Geschäftsjahr genehmigt. Der Geschäftsgewinn stellt sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahr auf 26 940 716 (i. V. 26 507 919) M. Nach Abzug der Handlungsunkosten, der Anleihezinsen und der Zinsen auf das unkündbare Darlehen verbleibt ein Reingewinn von 15 837 800 (i. V. 15 878 705) M., aus dem 3 Mill. M. (wie i. V.) als 10prozentiger Gewinnanteil an die beiden Gesellschafter Siemens u. Halske A.-G. und Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert u. Co. ausgeschüttet werden.

Bei Siemens u. Halske A.-G. stellt sich der Ge-



Schäftsgewinn einschließlich Vortrag auf 17 750 819 (i. V. 17 912 593) M., aus dem nach Verrechnung der Handlungsunkosten, der Anleihezinsen und Abschreibungen auf Gebäude ein Reingewinn von 13 854 781 (i. V. 12 875 262) M. verbleibt. Es wird vorgeschlagen, daraus wiederum eine Dividende von 12 Prozent mit 7 560 000 M. auszuschütten.

Pfändung der Kriegsteilnehmer. Der Rat der Volksbeauftragten hat folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Die Zwangsvollstreckung gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, ist bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn ihre Versagung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Gegen die Entscheidung findet eine sofortige Beschwerde statt.

§ 2.

Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Verordnung sind außer den im § 2 Abs. 1 des Gesetzes betreffend den Schutz der infolge des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 328) bezeichneten Personen auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilen Teilen der Land- oder Seemacht gehören, sowie diejenigen Personen, die sich in Ausübung des vaterländischen Hilfsdienstes im Ausland aufhalten.

§ 3.

Gerichtsgebühren werden nicht erhoben. Die Anwaltsgebühren betragen zwei Zehnteile des Satzes des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Der Wert des Streitgegenstandes ist von dem Gerichte nach freiem Ermessen, höchstens jedoch auf den zwanzigsten Teil des Wertes des zur Vollstreckung stehenden Anspruchs festzusetzen.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Ist eine vor diesem Tage begonnene Zwangsvollstreckung noch nicht beendet, so kann das Vollstreckungsgericht auf Antrag des Schuldners die bereits erfolgten Vollstreckungsmaßregeln aufheben.

Aus Groß-Berlin.

Nachklänge zum Leichenbegängnis.

Die unabhängige „Freiheit" hat in ihrer gestrigen Nummer endlich Gelegenheit genommen, sich zu dem Leichenbegängnis der Opfer des 6. Dezember zu äußern. Sie sagt: „Die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands beugt sich am Begräbnistage vor den Toten." Das stimmt; nur die „Freiheit" tat es nicht. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, am Begräbnistage die Lügennachricht des „Vorwärts" nachzudrucken, die den Zweck hatte, die Toten um ein würdiges Begräbnis zu prellen. Sie gibt die Teilnehmerzahl auf 100 000 an.

Der „Lokalanzeiger" spricht von dem „endlosen Trauerzuge", der dem Straßenbahnverkehr ganz erhebliche Störungen zugefügt habe; er läßt sich sodann von einer Frau schreiben:

„Ich stand an einer Straßenecke, schaute dem Vorbeimarsch des Leichenzuges zu und staunte über die Pracht der Kränze. Zu Hunderten und aber Hunderten wurden sie da vorbeigetragen, mannshohe Gebilde aus leuchtenden Rosen, meterlange Seidenschleifen daran, lachsfarbene Chrysanthemen und Palmen. Rosen um Weihnachten — welch ein Vermögen steckt in dieser Blumenfülle ... Ein feldgrauer Frontsoldat neben mir sagte: „Hier wirft man das Geld mit vollen Händen weg, um einige Tote zu ehren. Wieviel arme Kinder hätte man mit dem Gelde zu Weihnachten glücklich machen können! Kinder von Kriegsgefallenen oder heimgekehrten Soldaten, bei denen es knapp zugeht."

So, so! Warum hat der angebliche Soldat dann nicht auch gesagt, der Einzugsschmuck zu Ehren der heimkehrenden Soldaten, der ja aus öffentlichen Mitteln bezahlt wird, sei überflüssig? Die revolutionären Arbeiter können mit ihrem schwer verdienten Lohn tun, was sie wollen, auch wenn es sich darum handelt, ihre hingemordeten Brüder zu ehren:

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: „Der Trauerzug hat den Verkehr ganz empfindlich gestört. Der Straßenbahnverkehr durch die Hauptstraßen Berlins und zu den Bahnhöfen war vollständig unterbunden, umständliche und zeitraubende Umstellungen der Linien waren notwendig, um die Endziele zu erreichen. Infolge der Störung der Straßenbahn wurde die Untergrundbahn förmlich gestürmt."

Erst wer Spartakus zu klein, nun werden die kapitalistischen Soldschreiber bald Maßregeln fordern, weil seine Veranstaltungen zu groß sind.

88 500 Arbeitslose in Groß-Berlin.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach den neuesten Zählungen in den Groß-Berliner Stadtgemeinden 88 500. Hiervon entfallen auf Berlin 65 000, Charlottenburg 2500, Neukölln 12 500, Schöneberg 1800, Wilmersdorf 1400 und Lichtenberg 5800. Deutlich tritt, wie der Berliner Magistrat hierzu erklärt, in diesen Ziffern zutage, daß die westlichen Vorortgemeinden Arbeiterwohnviertel und demgemäß auch Unterkunft für Arbeitslose nur in geringem Umfange besitzen. Berlin und die östlichen Vororte werden dagegen in einem Maße in Anspruch genommen, wie kein anderer Ort im Reiche.

Demonstration der Kriegsbeschädigten.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten veranstaltete gestern eine Begrüßungsfeier für die heimkehrenden Soldaten im Zirkus Busch; von dort begaben sich die Teilnehmer nach dem Dom. Dort befanden sich die schlimm getroffenen Opfer der Kriegspolitik Wilhelms des Letzten und seiner Scheidemänner. Es wird berichtet:

„Ein erschütterndes Bild bot sich den nach Tausenden zählenden Passanten, die um jene Zeit den Lustgarten in der Gegend des Doms passierten. Dort hatten sich alle jene Kriegsbeschädigten gesammelt, deren schwere Gebrechen es ihnen nicht gestattet hatten, der Feier im Zirkus Busch beizuwohnen. Alle jene Unglücklichen, für immer zum Krüppel Gewordenen, hatten sich dort versammelt. An der Spitze des Zuges wurden Kriegsbeschädigte, die die Arme oder die Beine verloren hatten, gänzlich Gelähmte in Fahrstühlen gefahren. Dann folgten — ein trübes Bild — die blinden Krieger in langen Reihen, geführt von Kameraden. Die Wagen des ehemaligen kaiserlichen Marstalls waren herangezogen worden, um Hunderte solch verstümmelter Krieger im Zuge nachzufahren."

Der Zug ging nach dem Pariser Platz. Dort wurde in einer Ansprache die jämmerliche Versorgung der Invaliden kritisiert. Eine Deputation begab sich zum Kriegsministerium. Hier versprach Staatssekretär Bauer vom Balkon herab eine Notverordnung, durch die die Entlassung von Kriegsbeschädigten aus den Betrieben, sowie die Anrechnung der Rente auf den Lohn verboten werden soll. Damit ist nun den arbeitsunfähigen Invaliden auch noch nicht geholfen.

Schulen für Versammlungszwecke.

Der Berliner Magistrat beabsichtigt, die Aulen von zahlreichen höheren, Fach- und Fortbildungsschulen sowie vielen Gemeindeschulen für Versammlungszwecke freizugeben. Es soll sich, wie wir erfahren, um etwa achtzig Schulaulen handeln, die gegen mäßige Gebühren für Versammlungszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Neujahrsbriefverkehr.

Berlin, 22. Dezember. Beim Herannahen des Jahreswechsels ist wiederum darauf aufmerksam zu machen, daß es sich dringend empfiehlt, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 31. Dezember, sondern schon früher zu kaufen, damit sich der Schalterverkehr an dem genannten Tage ordnungsmäßig abwickeln kann. Auch ist es bei den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen von Wichtigkeit, daß die Neujahrsbriefe frühzeitig aufgeliefert werden, und daß nicht nur auf den Briefen nach Großstädten, sondern auch auf Briefen nach Mittelstädten die Wohnung des Empfängers angegeben werde. Für Berlin ist außerdem die Angabe des Postbezirks (O., N., S., W. usw.) und des Bestellpostamts dringend erwünscht. Verzeichnisse der Straßen und Plätze Berlins mit Angabe des Postbezirks und der Bestell-Postanstalt werden an allen Postschaltern sowie von den Orts- und Landbriefträgern zum Preise von 5 Pfg verkauft.

Mariendorf. Ausgabe von Petroleummarken. Bis Montag, den 23., werden an Heimarbeitende, landwirtschaftliche Betriebe, Zeitungsboten und Inhaber von Wohnungen, die weder Gas noch elektrische Anlagen haben, Petroleumscheine ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt im Polizeidienstgebäude, Zimmer 3, in der Zeit von 3—5 Uhr nachmittags. Zahlung ist an die Händler zu leisten; der Preis für einen Liter beträgt 44 Pfennig. Es verkaufen verschiedene Händler nach Nummern-Zuteilung für die Nr. 8901 bis 9900.

Versammlungs-Kalender.

23. Dezember.

Spartakusbund, 5. Bezirk, Gruppe 1 (Lothringerstr. bis Bornholmerstr., Prenzlauerstr.). Freunde des Spartakusbundes und Leser der „Roten Fahne" treffen sich am 23. Dezember, abends 7 Uhr, im Lokal zum Strauß, Pappel-Allee 25.

Spartakusbund, 8. Bezirk (Südost). Alle Genossen und Genossinnen versammeln sich am Montag, den 23. Dezember, 6½ Uhr, im Lokal Burchard, Moritzstraße 52.

Freie sozialistische Jugend (Gruppe Südwesten). Am Montag, den 23. Dezember, abends ½8 Uhr, findet im Lokal von Schirm, Charlottenstraße 7-8, eine Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Neuaufnahmen werden dort entgegengenommen.

Zehlendorf (Wannseebahn). Montag, den 23. Dezember, abends 7½ Uhr: Zusammenkunft aller Leser der „Roten Fahne" bei Bernd Milley, Potsdamer Straße 35.

Arbeiter, sammelt für den Kampffonds des Spartakusbundes!

Wichtige Bücher als Weihnachtsgeschenke.

Franz Mehring: Karl Marx. Gebunden 11.— M.
Franz Mehring: Die Lessinglegende. Geb. 5 M.
Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Geb. 27.50 M.
Karl Marx: Revolution und Konterrevolution in Deutschland. Geb. 3.85 M.
Karl Marx: Das Kapital. Geb. 10.— M.
Franz Pfemfert: Das Aktionsbuch (Mit Beiträgen von Lassalle, Mehring, Karl Liebknecht, Otto Rühle, Herzen u. a.) 3. M.
Franz Pfemfert: Bis August 1914. 1.60 M.
N. Lenin: Staat u. Revolution. Ungek. Ausgabe.

Alle diese Werke und andere gute Literatur sind vorrätig in der Aktionsbuchhandlung
Berlin W 15, Kaiserallee 222 (Joachimsthaler Str.).

An das nächste Postamt schicken.

Bestellschein.

Ich abonniere hiermit auf die täglich erscheinende Zeitung

„Die Rote Fahne"

zum Monatspreise von 1.50 Mk. und wünsche freie Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

An das Postamt:

_____

An die Zeitungs-Abonnenten der „Roten Fahne".

Wir bitten alle Freunde, die unsere Zeitung abonnieren wollen, sich an eine der nachstehenden Zeitungs-Speditionen zu wenden.
Der Abonnementspreis beträgt pro Monat Mk. 1,50.
Die Zeitung wird täglich morgens ins Haus geliefert.

Groß-Berliner Zeitungs-Spediteure:

Zentrum.
Neumann, C. F. W. (Inh.: Anders'sche Erben), C. 19, Grünstr. 21

Osten und Nordosten.
Lehmann, O., O. 112, Liebigstr. 10
Fiedler, R., NO. 18, Landsberger Str. 97
Zimmer jr., Rudolf, NO. 18, Strausberger Str. 24 (Laden)

Süden und Südosten.
Stock, Willi, SO 33, Manteuffelstr. 28

Norden und Nordwesten.
Gliesche, Fritz, N., Soldiner Str 34 (Lad.)
Lachmann, G., N. 113, Bornholmerstr. 86
Lehmann, Th., N. 54, Lothringer Str. 52
Maaß, Otto, N. 65, Kameruner Str. 52
Mews, Fritz, N. 65, Genter Str. 28
Richmann, Leo, Schönhauser Allee 48a
Sieker, Otto, N., Cantianstr. 19
Paulus, Mathias, Usedomstr. 20

Moabit.
Tornseifer, Otto, Lübecker Str. 43
Köhler, Gustav, Wittstocker Str. 19

Westen und Südwesten.
G. Walter Ww., Buchhandlung und Zeitungs-Spedition, W. 8, Kronenstr. 2
Artz, P., SW. 68, Simeonstr. 2
Kordgien, Joh., SW. 29, Solmsstr. 4

Charlottenburg.
Köhnke, NW. 87, Kaiserin-Augusta-Allee 6 (Laden)

Charlottenburg-Westend.
Sternfeld, Fried., Königin-Elisabethstraße 6b

Friedenau.
Paul Schulz, Rheinstr. 51, Hof I r.

Wilmersdorf.
H. Wölfling, Babelsberger Straße 42

Steglitz.
Nauck, Steglitz, Albrechtstr. 6 II.

Lichterfelde-West.
Albrecht, Georg, Dürerstr. 3, v. l.

Pankow.
Herbst, Pankow, Florastr. 25, Hof part.

Reinickendorf-Ost und -West.
Kramer, N. 20, Schwedenstr 18
Glamann, Schillingstr., Ecke Wacholderstraße

Treptow.
Graß, W., Berlin SO. 36, Pfefferstr. 6

Baumschulenweg.
Scheht, Baumschulenw., Baumschulenstr. 98

Britz.
Mittag, Britz, Chausseestr. 82 (Laden)

Lichtenberg u. Rummelsburg.
Engel, Neue Bahnhofstr. 36
Preuß, Fasdorferstr. 3
Schulze, Ettelstr. 30

Tempelhof.
Barisch, Spedition, Berlin-Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 80

Mariendorf.
Jackstaedt, Bln.-Mariend., Chausseestr. 28 (Hof rechts)

Friedrichshagen:
Noroschat, Albert, Friedrichshagen, Waldowstr. 16.

Spandau.
Gartenschläger, Spedition, Plantage 1b

Schöneberg.
Urban, Hans, Hauptstr. 26

Grünau, Bohnsdorf.
Bollens, Bohnsdorf, Privatstr. 26

In Neukölln findet der Vertrieb statt durch Haberland, Neckarstr. 3.

Notiz: Abonnenten außerhalb bitten wir „Die Rote Fahne" bei ihrem nächsten Postamt zu bestellen.

Verlag „Die Rote Fahne".

Achtung! Neukölln! Achtung!

Montag, den 23. Dezember 1918,
abends 8½ Uhr

Oeffentliche Versammlung

in den
Unionfestsälen, Hasenheide 22-31.

Was will der Spartakusbund?

Referent: Karl Liebknecht.

Freie Aussprache. Der Einberufer.

Zeitungshändler! Hoher Verdienst!

Zwei wichtige Schriften:

Die Neutralen und die Bolschewiki.
Ein Notenwechsel.
Verkaufspreis 10 Pf., 100 Exemplare M. 5,—.

Die Wahrheit über die Bolschewiki.
Tatsachenbericht eines Russen.
Verkaufspreis 15 Pf.,
100 M. 8,—, 1000 M. 65,—, 2000 M. 110,—.
Zu beziehen durch den Verlag der „Aktion", Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 17, Gartenhaus.

Arbeiterräte.

Am Montag, dem 23. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, findet in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 110, eine

Versammlung aller Arbeiterräte Groß-Berlins

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Der Vollzugsrat.
i. A.: gez. Büchel.

Achtung! Soldaten!

Die Geschäftsräume des
„Roten Soldatenbundes"
befinden sich jetzt
Berlin SW. 48,
Besselstraße 14, Hof parterre.

30 Botenfrauen
sucht
Fritz Meews Spedition Wedding
Genter Str. 28.

Verlag: „Die Rote Fahne", Hugo Eberlein, Berlin.